

Bundesbank

Bitcoin-Hype nur ein Randthema?

Drei Themenbereiche hat Bundesbankpräsident Jens Weidmann beim vorweihnachtlichen Treffen mit den Mitgliedern des Internationalen Clubs Frankfurter Wirtschaftsjournalisten in den Mittelpunkt gerückt. In der Geldpolitik verdeutlichte er einmal mehr seine Mindermeinung einer rascheren Beendigung der Nettokäufe von Wertpapieren durch die EZB, bekräftigte aber gleichwohl die Einigkeit im EZB-Rat zur Notwendigkeit einer expansiven Geldpolitik. Dass er zum Zweiten den aktuellen Stand der Reform der Währungsunion eher kritisch wertet, gründet maßgeblich auf seiner Einschätzung einer höchst begrenzten politischen Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, substantielle Entscheidungsbefugnisse an die europäische Ebene abzugeben – auch wenn der Antritt von Emmanuel Macron auf eine Vision für Europa hoffen lässt.

Unter diesen Bedingungen sind die Schlussfolgerungen des Bundesbankpräsidenten konsequent. Nur für europaweite öffentliche Güter wie etwa Sicherheit und Klimaschutz hält er einen gemeinsamen Politikansatz für sinnvoll. In allen anderen Bereichen, für die Mittel aus dem EU-Haushalt verausgabt werden, will er so weit wie möglich die disziplinierende Wirkung des Marktes erhalten, die nationale Eigenverantwortung gestärkt und das Prinzip des Handelns und Haftens wieder ins Gleichgewicht gebracht wissen. Angesichts dieser wohl begründeten Position dürfte es 2018 ff. um die diversen Vorzeigeprojekte zur Weiterentwicklung der EU noch heftige Diskussionen geben – von der vonseiten der EU-Kommission ins Spiel gebrachten Stabilisierungsfazität über die Umgestaltung des ESM zu einem Europäischen Währungsfonds bis hin zur Diskussion um eine Endprivilegierung von Staatsanleihen.

Diskrepanzen zu seiner Sicht der Dinge spürt der Bundesbankpräsident in der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) auch mit Blick auf die Basel-III-Regeln. Während er sich mit der Anfang Dezember 2017 zwischen den Chefs der Notenbanken und Aufsichtsbehörden (GHOS – Group of Governors and Heads of Supervision) erreichten Finalisierung von Basel III zufrieden zeigt und sie keinesfalls als Basel IV etikettiert

wissen will, findet er in der DK geschlossenen Widerspruch. Mit der Festsetzung einer quantitativen Untergrenze von 72,5 Prozent für die auf internen Verfahren beruhenden Ansätze zur Berechnung der Kapitalanforderungen halten die fünf großen Bankenverbände das selbst gesteckte Ziel des Baseler Ausschusses, die Eigenmittelanforderungen nicht signifikant ansteigen zu lassen, für klar verfehlt – jedenfalls für Deutschland und Europa.

Jens Weidmann selbst verweist auf die EBA-Berechnungen, die auf Basis des festgelegten Output Floor von einer Zusatzbelastung der europäischen Gruppe-1-Banken von rund 14 Prozent ausgehen. Zehn Jahre Übergangszeit sollten ausreichen und Banken mit risikoreicheren Geschäftsmodellen müssten auch mehr Kapital vorhalten, so seine Argumentationslinie. Aber sein Anspruch, mit der Kompromisslösung für den Output Floor die Glaubwürdigkeit von multilateralen Absprachen zu wahren, bedeutet angesichts des schon lange zurückliegenden amerikanischen Umgangs mit Basel II und anderen internationalen Abreden unter der Trump-Administration eine Vorleistung mit erheblichen Risiken.

Übrigens: Das Thema Bitcoin hatte Jens Weidmann in seinem Eingangsstatement ausgespart. Er durfte sicher sein, diesbezüglich in der Fragerunde gebührend zu Wort zu kommen. Dass Anleger in dem hochspekulativen Hype der vergangenen Monate viel Geld verlieren können, hält er für die Finanzstabilität derzeit zu recht noch nicht für besonders relevant. Aber je mehr Notenbanken sich offensiv mit digitalen Währungen beschäftigen, je mehr Anleger auf rasche Wertsteigerungen spekulieren und je mehr Bitcoins unter verbraucherpolitischen Aspekten in den Blickpunkt rücken, umso mehr wird das Thema auch bei der Bundesbank- und der EZB-Spitze auf der Agenda bleiben.

Verbünde

Gleich als federführender Präsident

Mit Beginn dieses Jahres herrscht bei den großen deutschen Verbänden Wechselstimmung. Marija Kolak hat ihr Amt als Präsidentin des Bundesverbandes der Volksbanken und Raiffei-



senbanken angetreten. Wie ihr Vorgänger Uwe Fröhlich wechselt sie aus dem Vorstand der Berliner Volksbank in das BVR-Spitzenamt. Die Sparkassenorganisation hat erstmals seit Langem keinen Politiker, sondern einen Primärbanker ins Amt geholt. Helmut Schleweis fungiert keine zwei Wochen nach seiner einstimmigen Wahl als neuer Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und obendrein als turnusgemäßer Federführer der Deutschen Kreditwirtschaft. An die neue Aufgabe und die Amtsführung mit all ihren Verpflichtungen werden sich beide gewöhnen müssen. Die dringlichen Themen ebenso wie die Entscheidungsstrukturen dezentraler Verbände kennen sie nicht nur aus ihrer operativen Tätigkeit als Vorstände, sondern auch aus langjähriger Gremienarbeit in ihren Gruppen.

Marija Kolak hat nach ihrem Einstieg in die Berliner Volksbank Ende der neunziger Jahre Erfahrungen im Immobilienbereich und im Firmenkundengeschäft gesammelt, war dann im Vertriebsmanagement der Bank unterwegs und verantwortete in den vergangenen Jahren als Vorstand die Ressorts Direkter Kundenservice, Marketing, Private Banking und Unternehmerkunden. Unterbrochen war diese Tätigkeit bei der Berliner Volksbank durch Verbandsarbeit beim BVR, nicht zuletzt als Fachrats-Geschäftsführerin Markt und Produkte sowie als Bereichsleiterin Marketing mit Verantwortlichkeit für Großprojekte im Vertrieb und der Digitalisierung.

Auf sogar rund 30 Jahre Vorstandsarbeit bei der Heidelberger Sparkasse, davon etwa die Hälfte als Vorstandsvorsitzender, kommt Helmut Schleweis. Zuvor hat er die klassische Sparkassenlaufbahn absolviert, vom Bankkaufmann über den Sparkassenfachlehrgang und die Sparkassenakademien in Rastatt und Bonn. Dass er die Gremienarbeit im DSGV beherrscht, hat er zunächst als Landesobmann der Sparkassenverbände in Baden-Württemberg gezeigt und dann seit 2010 als Bundesobmann. In dieser Funktion hat er der ZfgK-Redaktion im Mai 2010 ein ausführliches Interview gegeben (ZfgK 9-2010). Knapp ein Jahr später (ZfgK 7-2011) hat er sich in einer Replik zu einer Streitschrift für eine grundlegende Neuordnung des Sparkassen- und Landesbankensektors in Deutschland geäußert. In diesen auch heute noch äußerst lesenswerten Beiträgen hat er sich zu einem nachhaltigen, nur bedingt gewinnorientierten Geschäftsmodell der

Sparkassenorganisation bekannt. Dabei hat er ausdrücklich die Wertorientierung und die Verantwortung jeder einzelnen Sparkasse für die Gruppe betont. Mit Blick auf die zukunftsfähigen Bankenstrukturen hat er für eine kluge Aufstellung der Landesbanken und öffentlichen Versicherer plädiert. Und hinsichtlich der Anforderungen an die Marktbearbeitung hat er für die wirklich wichtigen Trends gemeinsame Lösungen angemahnt.

Beide Verbände haben damit ausgewiesene Praktiker mit guten Kenntnissen der Gruppenstrukturen und großem Erfahrungsschatz im operativen Geschäft an ihre Spitze geholt. In der Abwägung der Interessenlage der jeweiligen Primärebene bringen sie ein Gespür für das Machbare und Notwendige mit. Das statet sie für die sicherlich häufigeren Auftritte auf dem politischen Parkett mit dem nötigen Rüstzeug aus. In ihrem Umgang mit der Politik in Berlin und Brüssel sowie als Gesichter der Genossenschafts- und der Sparkassenorganisation in der Öffentlichkeit werden sie sich erst ein Profil schaffen müssen – Helmut Schleweis sogar in einer Doppelfunktion als federführender Präsident der DK.

Deutsche Banken

Besser als ihr Ruf?

Bereits zum vierten Mal wertet die Unternehmensberatung Bain & Company die Bilanz- und GuV-Strukturen deutscher Kreditinstitute aus. Und wieder mal stoßen die Ergebnisse auf Widerspruch der betroffenen Banken. Vor allem Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken kommen bei der Untersuchung schlecht, zu schlecht weg. Laut der Unternehmensberatung verdient nämlich nur jedes zehnte Institut seine Eigenkapitalkosten. Diese liegen im Schnitt bei rund fünf Prozent. Die durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach Steuern beträgt allerdings nur 1,8 Prozent. Das stimmt so nicht, heißt es von den beiden großen Verbundgruppen.

In der Tat kommt es auf den Blickwinkel des Betrachters an. Bain bewertet die Ergebnisse ausschließlich aus Sicht der Shareholder. Entsprechend werden stille Reserven nach § 340 f vom Ergebnis abgezogen, was zu diesem schlechten Abschneiden führt. Es ist müßig, zu

diskutieren, ob ein Shareholder mit oder ohne stille Reserven besser fährt. Einerseits fehlt dieses Geld in diesem Jahr im Ergebnis und damit eventuell auch bei der Ausschüttung. Andererseits können so Rückgänge oder Unglücke in den kommenden Jahren aus eigener Kraft von den Instituten bewältigt werden, ohne dass der Anteilseigner Mittel nachschießen muss. Die Vergangenheit in Deutschland hat die Politik der stillen Reserven zweifelsfrei bestätigt. Für die angelsächsische Betrachtung ist sie dagegen befremdlich.

Doch unabhängig von dieser kleinen Aufregung lassen sich viele positive Aspekte aus der Studie ziehen. Zum einen: Vor einem Jahr waren es erst fünf Prozent der Banken, die ihre Kapitalkosten verdient haben. Zum anderen: Die Eigenkapitalquote stieg um 0,3 Prozentpunkte auf 6,3 Prozent. Das ist der höchste Wert seit Beginn der Bain-Analysen. Die Eigenkapitalposition summiert sich auf mittlerweile rund 474 Milliarden Euro, die überwiegend aus erwirtschafteten Ergebnissen thesauriert wurden. Nachteil: Bei unterstellten durchschnittlichen Eigenkapitalkosten von fünf Prozent müssen dafür jedes Jahr rund 23 Milliarden Euro aufgewendet werden. Und eine auskömmliche Verzinsung für das Eigenkapital am Kapitalmarkt gibt es bei Weitem nicht. Drittens: Das Teilbetriebsergebnis liegt über alle Bankengruppen hinweg betrachtet stabil auf Vorjahresniveau bei 8,1 Prozent des durchschnittlichen Eigenkapitals. Rechnet man die stillen Reserven hinzu, ist es sogar auf 8,3 Prozent gestiegen. Bei den Sparkassen ist das Teilbetriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr zwar von 9,3 Prozent auf 8,8 Prozent gesunken, allerdings haben die Institute die wirtschaftliche Lage genutzt, kräftig Vorsorge zu betreiben. Inklusiv der §340f-Position ist das Teilbetriebsergebnis der öffentlich-rechtlichen Institute auf 9,4 Prozent gestiegen. Ein wenig schlechter sieht es bei den VR-Banken aus: Hier sank das Teilbetriebsergebnis bei der reinen Betrachtung nach Shareholder-Value von 10,4 auf 9,7 Prozent, und auch mit stillen Reserven steht noch ein Rückgang auf 10,0 Prozent zu Buche. Viertens: Zinsüberschüsse aller Banken sind inklusive der Reserven gegenüber dem Vorjahr gestiegen, die Provisionsüberschüsse ebenfalls und die Kosten sind gesunken.

All das zeigt: Die deutsche Kreditwirtschaft kommt mit den widrigen Umständen aus niedrigen Zinsen und hohem administrativem Auf-

wand für Regulatorik und Digitalisierung einigermaßen gut, wenn nicht immer besser zu recht. Das ist doch eine gute Botschaft, die es so aber natürlich nicht in die Schlagzeilen der einschlägigen Studien und berichtenden Medien schafft. Wenn nun die Zinsen noch steigen ...

Standortpolitik

Digitalisierungsgrad der deutschen Wirtschaft

Die Bestrebungen, Deutschland im Standortwettbewerb für ausländische Banken und andere Teilnehmer der Finanzbranche attraktiver zu machen, sind schon lange Zeit ein parteiübergreifendes Anliegen der Politik. Der Brexit verstärkt diesen Trend noch zusätzlich. Die Digitalisierung der Wirtschaft und damit auch der Finanzbranche ist dabei in den vergangenen Jahren ein wichtiger Grundstein geworden, um die Attraktivität des Standorts zu gewährleisten. Um auch in Zukunft erfolgreich zu sein, so gibt es einen großen gesellschaftlichen und politischen Konsens, müssen sich Unternehmen den Herausforderungen der Digitalisierung stellen und die Chancen nutzen, die digitale Technologien und Geschäftsmodelle bieten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und Kantar TNS untersuchen zu diesem Zweck in Vorgängerformen seit dem Jahr 2000 und in dieser Form seit 2009 jährlich den Digitalisierungsgrad der gewerblichen Wirtschaft, differenziert nach elf Branchen und Unternehmensgrößenklassen, und veröffentlichten dazu kürzlich den „Monitoring-Report Wirtschaft Digital 2017“. In diesem Jahr hat der Report einen Schwerpunkt auf das Thema „Digitale Vernetzung und Kooperationen“ gelegt.

Im Monitoring-Report ist Industrie 4.0 das große Schlagwort. Dazu gehört auch die digitale Wirtschaft, bestehend aus Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und der Internetwirtschaft, die auch 2017 Vorreiter der digitalen Transformation geblieben ist. So ist die Bruttowertschöpfung der IKT-Branche im Jahr 2016, dem Bericht zufolge, um 3,8 Prozent auf 105 Milliarden Euro gestiegen. Die Innovationsbudgets der IKT-Branche haben sich auf 17,2 Milliarden Euro erhöht, was einem Zuwachs von knapp 18 Prozent gegenüber



dem Vorjahreswert entspricht. Über 1,1 Millionen Erwerbstätige sind in der IKT-Branche beschäftigt und damit etwas mehr als in starken Branchen wie dem Fahrzeug- oder Maschinenbau. Im internationalen Index zur Leistungsfähigkeit der Digitalen Wirtschaft, dem Standortindex Digital, liegt Deutschland mit 57 Punkten wie im Vorjahr auf Rang sechs. Die USA sind mit 81 Indexpunkten Spitzenreiter, vor Südkorea und Großbritannien. Der Monitoring-Report zeigt, dass Deutschland den größten Fortschritt im vergangenen Jahr bei der Verfügbarkeit von Wagniskapital (Venture Capital) erreichen konnte. Im Zehn-Länder-Vergleich verbessert sich die Platzierung in dieser Kategorie um vier Plätze auf Rang drei. Führend ist Deutschland bei der allgemeinen Innovationsfähigkeit. Ein Schlusslicht bildet die Bundesrepublik bei Teilbereichen der Industrie 4.0 wie „Big Data“ und „Smart Home“ beziehungsweise umfassender „Smart Services“. Diese werden bislang nur von jedem fünften Unternehmen beziehungsweise jedem dritten Unternehmen genutzt. Auch die künstliche Intelligenz (KI) steht noch am Anfang.

Der Monitoring-Report zeigt, Deutschland hat technologisch und wirtschaftlich vielversprechende digitale Unternehmen und es ist in den letzten Jahren auch gelungen, die Rahmenbedingungen für Start-up-Finanzierungen attraktiver zu gestalten. Trotzdem sieht der Bericht noch Luft nach oben auf dem Weg zu einer durchgängig digitalisierten Wirtschaft. Ein Problem, auf das jedoch nicht eingegangen wird, sind die sich überlappenden politischen Zuständigkeiten. So wurde die Digitale Agenda von Wirtschafts-, Innen-, und Verkehrsministerium entwickelt. Da wundert es nicht, dass seit einiger Zeit in der Politik Stimmen laut werden, die nach einem eigenen Digitalministerium rufen.

Öffentliche Verschuldung

Eine rücklaufende Uhr

Öffentlich sichtbar vor dem Sitz in Berlin läuft seit mehr als 20 Jahren die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler (BdSt). Zwar funktioniert sie lediglich auf digitaler Basis, ihr fehlen also das klassische Ziffernblatt und das Uhrwerk, sie tickt nicht und zeigt auch nicht an, wann es fünf vor zwölf ist. Doch in der Diskus-

sion um die öffentliche Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden hat sie eine hohe Symbolkraft erreicht. Jahrelang an der Folge von zuletzt 13 Ziffern sehen zu können, in welcher Geschwindigkeit sich in Sekundenschnelle die deutsche Staatsverschuldung erhöht, hat in der breiten Öffentlichkeit wie auch in der Politik das Bewusstsein geschärft, ständig die Lasten der jüngeren Generation zu erhöhen. Nicht nur in der Debatte um die Tragfähigkeit der Altersvorsorgesysteme hat sich ein Bekenntnis zum Schuldenabbau entwickelt.

Ende 2017 hat der BdSt nun eine bemerkenswerte Wende verkünden dürfen. Die Schuldenuhr läuft derzeit erstmals rückwärts. Grundlage für diesen bemerkenswerten Richtungswechsel war die Bekanntgabe der neuen Daten für die Kernhaushalte der Öffentlichen Hände durch das Statistische Bundesamt Ende Dezember 2017. Demnach reduziert sich die Gesamtverschuldung des Staates rein rechnerisch um 78 Euro pro Sekunde. Begünstigt wird diese Trendumkehr zweifellos durch die vergleichsweise gute Konjunktorentwicklung der vergangenen Jahre, die allen einschlägigen Prognosen nach auch im laufenden Jahr anhalten dürfte. Konkret zu verdanken ist die Wende bei der deutschen Staatsverschuldung nicht zuletzt der gewachsenen Haushaltsdisziplin der Bundesländer, von denen einige eine Schuldenbremse beziehungsweise eine Verpflichtung zum Abbau von Altschulden in ihren Landesgesetzen verankert haben. Ihren Haushaltsentwürfen nach planen nur noch drei der 16 Bundesländer im laufenden Jahr mit einer Netto-neuverschuldung, alle anderen wollen ohne auskommen oder sogar Altschulden tilgen.

Ob sich diese Haushaltsdisziplin auch im Bund nachhaltig wird durchsetzen können, dürfte sich in den kommenden Wochen beim Bemühen um eine Regierungsbildung zeigen. Das Vorgeplänkel um die anstehenden Sondierungsgespräche für eine Große Koalition lassen derzeit eher erwarten, dass es auf Bundesebene schwer sein dürfte, einen ausgeglichenen Haushalt zu erhalten. Das gilt erst recht, wenn neue Impulse für die europäische Einigung gesetzt werden sollen. Die Echtzeit-Schuldenuhr für die 19 EU-Länder insgesamt läuft übrigens munter vorwärts. Neben Deutschland weisen Stand Ende Dezember 2017 nur die nationalen Schuldenuhren in Litauen, Slowenien und Zypern eine Rückwärtsbewegung auf.